

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Jugos preisen CH-Mischung : nach den Unruhen von Kosovo schaut Belgrad auf andere "multinationale" Staaten  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094447>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Nach den Unruhen von Kosovo schaut Belgrad auf andere «multinationale» Staaten

# Jugos preisen CH-Mischung

«Umfrage von NIN über Vielvölkerstaaten: Die Schweiz»

## «Wer hat die ‚Kuckucksuhr‘ erfunden?»

NIN, Belgrad, 12. 4. 1981

*NIN macht (unter seinen Korrespondenten; Anm.) eine Umfrage über die Vielvölkerstaaten. Wie leben die sogenannten Vielvölkerstaaten, und wie lösen sie ihre Probleme? Wie debattieren sie über unterschiedliche Interessen, und wie bringen sie diese in Einklang zueinander? Wie verteilen sie die Befugnisse von Zentralregierung und den föderativen Einheiten? NIN beginnt seine Umfrage in der Bemühung, darüber zu berichten, wie die Vielvölkerstaaten unserer Welt funktionieren und was für interessante Erfahrungen sie gemacht haben.*

*Die Schweizer haben zur Hauptsache von allen andern Modellen politischer Institutionen das «entlehnt», was seit über hundert Jahren dem System ihrer Eidgenossenschaft seinen Echtheitsstempel aufdrückt. Die Schweizer gebrauchen ihre Institutionen mit einer Präzision, die an Vollkommenheit grenzt. Damit sorgen sie auch unter den Bedingungen einer multinationalen Gemeinschaft für Stabilität und wirtschaftliche Prosperität.*

Vor dreissig Jahren schon wandte sich Orson Welles in seinem berühmten Film «Der dritte Mann» — u. a. durch eine Replik des Harry Lime — gegen die folgende gehässige Schablone über die Schweiz: Italien, das dreissig Jahre lang von den Borgias regiert wurde, brachte trotz

standene Klischee Luft. Vor einigen Tagen bemerkte ein amerikanisches Magazin, das eine grosse Story über die Schweiz veröffentlicht hatte, dass die Schweizer auf den alten Hut von der Kuckucksuhr nicht gleichgültig reagieren. «Nein, meine Herren, das stimmt jedenfalls nicht», antwortete erbost ein hochgestellter Beamter des Aussenministeriums. «Die Kuckucksuhren stammen bekanntlich aus Deutschland und nicht aus der Schweiz.»

Die Schweizer haben weder die Demokratie noch die föderative Regierungsform erfunden. Die Verfasser ihrer berühmten Verfassung aus dem Jahre 1848 haben deren Grundlage und viele ihrer Bestimmungen als Plagiat aus der amerikanischen Verfassung von Jefferson übernommen. Und gewissermassen ähnlich wie mit der Kuckucksuhr verhält es sich mit vielen Dingen, bei deren Erwähnung man seit 150 Jahren sogleich an die Schweiz denkt: die unmittelbare Beteiligung der Staatsbürger an den Entscheiden

Wie machen es denn bloss die andern? Dieser Stosseufzer steht unausgesprochen als Motto über einer Untersuchungsfolge, die das Belgrader Wochenmagazin NIN einer Reihe anderer Bundesstaaten widmet, angefangen mit der Schweiz. Denn der jugoslawische Vielvölkerstaat hat Probleme mit seinen föderativen Strukturen. Das haben diesen Frühling die Unruhen in der autonomen Provinz Kosovo gezeigt, wo die albanische (skipetarische) Minderheit den Aufstand geprobt hat.

Für die jugoslawischen Leser war dieser Zusammenhang klar, als NIN am 12. April daran ging, seinen Lesern die föderalistische Lösung der Schweiz vorzustellen. Sie sollen erfahren, wie es eine andere Konföderation mit ihrer zusammengesetzten Einheit hält. Und für uns Schweizer ergibt sich die interessante Gelegenheit zu sehen, wie sich unser Land mit seiner föderalistischen Lösung aus der Sicht eines kommunistisch regierten Vielvölkerstaates präsentiert. Nämlich gar nicht so übel. Der Autor, der schliesslich der eigenen Gesellschaftsordnung nicht widersprechen darf, versteht den schweizerischen Bundesstaat als funktionsfähiges Modell, das Mehrheit und Minderheiten überraschend gut zuzufriedenzustellen vermag. Ein positives Bild.

über öffentliche Angelegenheiten, die Dezentralisierung der Regierungsgewalt und vieles andere mehr.

Die Schweizer haben sowohl für ihre Zentralregierung als auch für ihre einzelnen Republiken (Kantone; Anm.) das System eines kollektiven Präsidiums mit rotierendem Vorsitz; Präsident wird jedes Jahr ein anderes Mitglied dieser Körperschaft. Die meisten Schweizer sind davon überzeugt, ihr Land sei das erste mit diesem Modell gewesen, aber auch das stimmt nicht ganz genau.

Niemand wird dem Pianisten Rubinstein seine Kreativität absprechen, wenn er etwas spielt, was Chopin geschrieben hat. Doch den Schweizern fällt es schwer zuzugeben, dass ihr «eigenes» politisches Konzept eigentlich auf den Prinzipien des revolutionären europäischen Liberalismus beruht, der sich bis heute in unterschiedlicher Anwendung erhalten hat, wobei er allerdings in der Schweiz mit jener vervollkommenen Genauigkeit weiterbesteht, die dem Land soziale und politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität (höchster Lebensstandard der Welt) sichert. Bei alledem ist es doch bemerkenswert, dass in dieser Gemeinschaft eine Harmonie besteht, trotz allen Dissonanzen in den ethnischen Faktoren der Germanen, Gallier und Lateiner.

## Wie werden die Kinder geboren?

Ueber die Schweizer erzählen sich die Nachbarn (aus Neid; warum denn sonst?) allerhand bissige Witze. Da schildert man die Schweizer als langweilige und langsame Gesellen, die das Leben nur in der Arbeit geniessen können und früh zu Bett gehen. Vielleicht aber charakterisiert der folgende Witz die Schweizer in authentischen Merkmalen; urteilen Sie selbst:

### Vom NIN-Korrespondenten Stevan Niksic aus Bern

vernichtender Kriege, Terror und Blutvergüssen einen Michelangelo, einen Leonardo und eine Renaissance hervor. Und die Schweizer haben in 500 Jahren Frieden und Demokratie nichts weiter hervorgebracht als die Kuckucksuhr.

Die Schweizer bilden ein Konglomerat aus 6 Millionen Deutschen, Franzosen und Italienern, die sich eine schweizerische Nation nennen und viele gemeinsame Eigenschaften aufweisen. Auch sie machen ihrem Ärger über das abge-

Drei kleine Kinder, ein Italiener, ein Franzose und ein Schweizer, unterhalten sich über das schönste Geheimnis unter dem Himmel, nämlich darüber, wie die Kinder zur Welt kommen. Der kleine Italiener sagt, das wisse nur die Jungfrau Maria. Der kleine Franzose findet das dumm; in Frankreich kämen die Kinder von der Liebe. Der kleine Schweizer schweigt. «Wie ist es denn bei euch?» wollen die beiden andern von ihm wissen. «Das kommt darauf an. Bei uns ist das von Kanton zu Kanton verschieden.»

Diesen Witz hat uns zuhänden der NIN-Leser Dr. Max Frenkel erzählt. Er gehört dem Gemeinderat von Zuchwil an und kandidiert dieser Tage für das Kantonsparlament in Solothurn. Frenkel leitet eine Institution, die sich mit der Erforschung der eidgenössischen Zusammenarbeit befasst; für ihn wie für andere Politiker ist die Politik eine zusätzliche «gesellschaftliche Pflicht».

Die schweizerischen Kantone haben ihre eigenen Gesetze und Steuersysteme, ihre eigene Gerichtsbarkeit, ihre eigene Polizei (eine Bundespolizei gibt es bis auf einige «geheime Dienste» nicht), ihr eigenes Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Doch diese traditionelle Souveränität der Kantone bröckelt nach Meinung von Frenkel langsam ab. Denn in der Hauptstadt Bern besteht gegenwärtig die Tendenz, immer mehr Kompetenzen auf den Bund zu konzentrieren, mehr als ihm von Gesetzes wegen eigentlich zusteht.

Deshalb opponiert Frenkel wie viele andere Schweizer auch den Ideen des gegenwärtigen Bundespräsidenten Furgler, der gerne Einheiten einer Bundespolizei aufstellen möchte. «Wenn man so etwas aufstellt, dann besteht die Gefahr, dass man es auch brauchen wird», sagt man in der Schweiz.

Unter Berufung auf ihre Souveränitätsrechte (jeder Kanton ist von Gesetzes wegen ein «souveräner Staat») haben die Bürger des Kantons Uri in einer Abstimmung sogar den Vorschlag ver-

worfen, dass ihre Polizei mit der Polizei der Nachbarkantone zusammenarbeiten solle.

Es gibt in der Schweiz 26 Kantone, und von Kanton zu Kanton verschieden sind Steuersystem und Steuerfuss, die Schulprogramme und der jahreszeitliche Schulbeginn. Für die Primarschüler, deren Ausbildung gänzlich in die Kompetenz der Kantone fällt, beginnt das Schuljahr hier im Frühling und dort im Herbst. Im einen Kanton dauert das Schulobligatorium 8 Jahre, im andern 9 Jahre. Versuche zu einer Schulkoordination hat es zwar gegeben, aber die diesbezüglichen interkantonalen Gespräche sind unterbrochen worden.

Es werden dazu Abstimmungsvorlagen ausgearbeitet, und dann werden von interessierten Gruppen Initiativen ergriffen, um das, was in der Vorlage vorgeschlagen wird, wieder abzuändern.

Undsowenig. Es gibt also zwischen den Kantonen Unterschiede, zum Teil ordentlich grosse Unterschiede, die auch bestehen bleiben. Die grössten Unterschiede sind zurückzuführen auf die verschiedenen Schulprogramme in französischer, deutscher und italienischer Sprache.

## Was höher steht und wie

*(Die Gewichtung der ethnisch-sprachlichen Bevölkerungsgruppen; Anm.)*

In der Schweiz gibt es drei Sprachen, die als Hauptsprachen (*Amtssprachen; Anm.*) anerkannt sind. Dazu kommt noch die rätoromanische Sprache, die im Kanton Graubünden von 50 000 Personen gesprochen wird.

Im Bundesparlament gibt es Dolmetscherkabinen für Simultanübersetzungen. Allerdings war der Parlamentssekretär Alfred Aepli, der uns liebenswürdigerweise die ganze Einrichtung zeigte, nicht ganz sicher, ob es wirklich einen ständigen Dolmetscher für die italienische Sprache gebe, und er konnte sich auch nicht erinnern, wann

letztmals ein Abgeordneter in einer Session offiziell die italienische Sprache benutzt hatte. Am häufigsten wird im Parlament deutsch gesprochen, denn zahlenmässig kommen die deutschsprachigen Abgeordneten an erster Stelle und die französischsprachigen an zweiter Stelle. In der Bundesverwaltung bemüht man sich um eine gleichmässige Verteilung der Amtssprachen, aber auch hier sind die deutschsprachigen Beamten in der Uebersahl. Der grösste Teil der Bundesverwaltung befindet sich in der deutschsprachigen Stadt Bern, und französischsprachige Beamte müssen sich für die Dauer ihrer Anstellung dort niederlassen.

Bei seinen Streifzügen durch die wichtigsten Aemter in Bern hat der NIN-Korrespondent eine Regel entdeckt: Dort, wo der Chef ein Franzose ist, dort ist auch die Sekretärin eine Französin usw.

In der Armee, auf welche die Schweizer übrigens sehr stolz sind, wird ebenfalls in verschiedenen Sprachen kommandiert, je nach der Zusammensetzung der Einheit und der Person des Kommandanten. Nur in der Diplomatie haben die Franzosen mehr Stellen inne, als ihnen aufgrund ihres Bevölkerungsanteils zustehen würde; die Tradition will es, dass ihnen diese Posten «besser liegen».

Eine Abweichung vom Prinzip der strikten Proportionalität habe ich ferner bei den Zwanzigfrankennoten (wie auch bei den Zehnnoten) festgestellt. Dort ist die Bezeichnung «Schweizerische Volksbank» (*Schweizerische Nationalbank; Anm.*) je einmal in deutscher und in französischer Sprache aufgedruckt, aber zweimal in italienischer Sprache. Warum? Der Grund ist wieder typisch schweizerisch. Die Banknote hat vier Seiten, und um sie alle auszufüllen, musste die Bezeichnung in einer der drei offiziellen Amtssprachen verdoppelt wiedergegeben werden. Nun sind sich die «Deutschen» bewusst, dass sie die Mehrheit bilden, aber gerade deswegen wollen sie sich ihren «französischen» Landsleuten gegenüber zurückhaltend zeigen. Hätte man aber die Bezeichnung zweimal auf französisch geschrieben, wäre das wiederum als demonstrative Absicht verstanden worden. Demgegenüber bilden die Italiener die kleinste Gruppe. Sie ist ziemlich isoliert, und sie bedroht niemanden. Also hielt man es für das beste, die Bezeichnung zweimal italienisch hinzuschreiben.

*(Anmerkung: Das bezieht sich nicht auf die neueste Ausgabe der schweizerischen Banknoten, auf denen die Bezeichnung «Schweizerische Nationalbank» auf deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch erscheint. Der Autor ist in Beantwortung eines Leserbriefes in NIN vom 26. 4. 1981 auf diesen Punkt zurückgekommen.)*

Trotz dem schweizerischen Mehrparteiensystem könnte man sagen, dass es doch eine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition gibt. Das komplizierte dezentralisierte politische System und die multinationale Zusammensetzung der Bevölkerung (die Schweizer selbst sprechen allerdings nur vom mehrsprachigen, und nicht vom multinationalen System) führen dazu, dass die eigentlichen «pluralistischen Interessen» (*im regionalen Sinne; Anm.*) vor allem in der zweiten Kammer zum Ausdruck kommen. Sie entspricht dem amerikanischen Senat, wie denn auch das parlamentarische System der Unterteilung von Kongress und Senat in den USA ähnelt.

*(Fortsetzung auf Seite 11)*

## Beispiel der Sowjetunion

Die Serie über verschiedene Bundesstaaten ist in den folgenden NIN-Ausgaben weitergegangen, vorerst mit den weiteren westlichen Beispielen der Bundesrepublik Deutschland und der USA. Und dann, am 3. Mai, war das sozialistische Hauptbeispiel eines multinationalen Staates an der Reihe, die Sowjetunion. Sie ist, ohne etwa frontal angegriffen worden zu sein, herzlich schlecht weggekommen.

Schon der Titel «Monolithische Einheit» sagt dem kundigen Leser etwas. Der Verfasser zitiert in der Folge fleissig die sowjetische Verfassung. Zuerst, um zu zeigen, was die Republiken und Völker der Sowjetunion auf dem Papier für Rechte haben. Und gleich darauf um zu zeigen, dass alle diese Rechte hoffnungslos sind, weil die Behörden jeder Stufe dem zentralen Einheitskommando

der Partei unterworfen sind. Der Autor zeigt das Wahlsystem, das nur die Aufstellung parteigenehmer Kandidaten für politische Posten zulässt, und er zeigt, dass auch innerhalb der Partei (und der von ihr geleiteten gesellschaftlichen Organisationen) massgebliche Stellen ausschliesslich dem Partei-Establishment vorbehalten sind, der sogenannten Nomenklatur.

Und wieviel kulturelles Selbstverständnis dürfen die Minderheiten in der UdSSR haben? Der Verfasser begnügt sich zum Abschluss damit, kommentarlos zu zitieren, was ein usbekischer Regierungsmann über den obligatorischen Russischunterricht schrieb. Nämlich, dass dieser den Nichtrussen die Gelegenheit gebe, ihren Verstand zu entwickeln und ihre Logik zu vervollkommen.

Zusammengenommen: Die Jugoslawen hören immer noch lieber pseudoschweizerische Kuckucksuhren als den sowjetischen Bescheid, was es geschlagen hat. Sie haben halt ihre Erfahrung mit dem Sozialismus, die Jugoslawen.

# Jugend- krawalle

...ein europäisches Problem



## JUGENDKRAWALLE

Symptom einer  
Fehlerziehung

von Peter Sager  
62 Seiten, broschiert  
sFr. 6.80

1. AUFLAGE SEPTEMBER 1980  
4. AUFLAGE APRIL 1981

zum Lesen – zum Schenken  
für Junge, Eltern, Erzieher,  
Politiker, Polizisten.

Eine Broschüre, die aktuell  
bleiben wird.

erhältlich in jeder Buchhandlung  
oder direkt in der Buchhandlung  
SOI, 3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 15

## Jugos preisen CH-Mischung

(Fortsetzung von Seite 5)

Damit ein Entscheid gefällt werden kann, braucht es viel Geduld und gegenseitige Toleranz. Aber auch Entscheide, die auf den ersten Blick nichts mit ethnischen oder andern emotionsauslösenden Faktoren zu tun haben, werden durch das Prisma eines Vielvölkerstaates gebrochen.

Ein Beispiel dafür ist vielleicht der Beschluss über die obligatorische Pflicht, im Auto Sicherheitsgurten zu tragen. Er ist dieser Tage in Kraft getreten, hat aber einen guten Teil der «französischen» Schweizer erzürnt. Der Zwang zum Anschnallen ist ihrer Meinung nach eine Beleidigung und tangiert die persönliche Freiheit eines erwachsenen Menschen. Niemandem sei das Tragen von Sicherheitsgurten verboten; da brauche sich der Staat nicht einzumischen. Die «deutschen» Schweizer, weniger individualistisch als ihre Landsleute, überlegen anders. Sie gehen vom Beweis aus, dass man bei Unfällen eher mit dem Leben davon kommt, wenn man angeschnallt ist, und das wiegt ihrer Meinung nach schwerer als die persönliche Freiheit, keine Gurten tragen zu müssen. Das Bundesgericht hatte seinerzeit einen Beschluss über das Gurtenobligatorium für ungültig erklärt. Jetzt haben die Debatten wieder angefangen, und wahrscheinlich wird man ein Referendum gegen das Gurtenobligatorium ergreifen.

Eine Eigenart der multinationalen schweizerischen Eidgenossenschaft besteht in der Bereitschaft, trotz allen Verschiedenheiten und Empfindlichkeiten die einmal erworbenen Rechte auch zu bewahren, handle es sich nun um regionale Rechte oder um andere. Das erspart der Schweiz eine grössere «Unruhe» (von *Volksminderheiten im «Vielvölkerstaat»; mit Unruhen ausserhalb dieser Thematik befasst sich der Autor offenbar nicht; Anm.*).

Aber das will nicht heissen, dass es überhaupt nie zu Unruhen gekommen sei. Vor einigen Jahren kämpften die «Franzosen» im Gebiet des Jura, der dem deutschsprachigen Kanton Bern gehörte, hart um ihre Autonomie. Es kam zu einer Abtrennung und zur Festsetzung neuer Kantonsgrenzen (die zum Teil noch heute umstritten sind). 1978 entstand der neue Kanton Jura, der sich «souveräner Staat» nennt. Aber zuvor hatten die Emotionen einen Siedepunkt erreicht. Es gab terroristische Akte, Bombenanschläge usw.

Die schweizerische Verfassung stammt in ihrer heutigen Form aus dem Jahre 1874 und hat seither Hunderte von Gesetzesänderungen erfahren.

Mit ihrer Revision befasst sich schon seit Jahren eine Expertengruppe. Ihr gehört auch der bekannte Verfassungsrechtler Joseph Voyame an, ein Direktor im Justizministerium. Aber bei der Neufassung gibt es viele heisse Eisen, oder heisse Maroni, wenn Sie lieber wollen.

Harte Kritik an den Gesetzgebern wird von allen Seiten deswegen geübt, weil sie die Zentralregierung in Bern mit zuviel Macht ausstatten wollen, und zwar auf Kosten der Kantone und der lokalen Gemeinschaften. Voyame, mit dem wir dieser Tage gesprochen haben, bestreitet diese Absicht. Nach seiner Darstellung will die Kommission grundlegend bloss eine klare Abgrenzung zwischen den Befugnissen von Bund und Kantonen erreichen. In vielen Belangen sei-

en die Kompetenzen nämlich heute so verflochten, dass niemand sagen könne, wo eigentlich welche Zuständigkeiten aufhörten.

Auf jeden Fall hat der erste Verfassungsentwurf in der offenen Diskussion eine Flut von Kritik hervorgerufen. Da werden die Verfassungsexperten bei ihrer weiteren Arbeit wohl an einigen ihrer ursprünglichen Vorstellungen Abstriche machen müssen.

Wenn man die Schweizer fragt, wie es möglich ist, dass ein so komplizierter Mechanismus wie ihre Eidgenossenschaft funktioniert, erhält man meist eine einfache Antwort. Die Hauptsache sei, dass sich Staat und Bundesverwaltung so wenig wie möglich in die Wirtschaft einmischen. Wohl ist die Schweiz das Land der weitgehenden politischen Dezentralisation und der betonten politischen Partikularitäten, aber bei alledem gibt es doch nur *einen* Schweizer Franken, und die Volkswirtschaft ist einheitlich.

Die herrschende Wirtschaftsphilosophie, auf der das schweizerische Volkswirtschaftswunder beruht, war immer für eine sehr freie Wirtschaft. Das ist die Philosophie, die heute von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan verteidigt wird.

Eine der beiden grössten Schweizer Banken ist der «Schweizerische Bankverein». Vor einigen Tagen unterhielten wir uns mit Ernst Balsiger, dem stellvertretenden Direktor am Berner Sitz dieser Bank. Er sagte lakonisch, das schweizerische System gehöre deshalb zu den besten, «weil es sich möglichst wenig in unsere Geschäfte einmischet».

Aber die Tatsache, dass sich der Staat nicht in die Geschäfte einmischet (*hier eine unleserlich gedruckte Stelle; Anm.*), entspricht nicht nur den Bedingungen einer liberalen Wirtschaft, sondern gehört gewissermassen auch zur Natur des föderalistischen Systems.

Cornelio Somaruga, ein hoher Bundesbeamter,

Die jugoslawische Presse berichtet, zu meist in Kurzbeiträgen, ziemlich regelmässig über die Schweiz. In den letzten Monaten vor der Abstimmung über die «Mitenand-Initiative» war allerdings die Thematik ein bisschen einseitig geworden; man hätte fast meinen können, ausser dem Saisonier-Statut gebe es hier nichts zu diskutieren. Recht fleissig führt man in den (grossen) jugoslawischen Zeitungen ferner die Chronik des jugoslawischen Vereinslebens in der Schweiz nach und lässt zuweilen auch zurückgekehrte Gastarbeiter von ihren Eindrücken über Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Land erzählen. Aus schweizerischer Sicht werden bestimmte Probleme (z. B. ausländische Arbeiter, Zusammenarbeit mit den Blockfreien) gerne in Form eines Interviews mit einem schweizerischen Politiker vorgestellt.

verantwortlich für die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, erklärt uns, weshalb sich die schweizerische Regierung weder in die Energiebeschaffung noch in die Erdölbeschaffung einmischet. «Hätten wir die Erdöleinfuhr auf Staatsebene vertraglich geregelt, dann müssten wir das Oel auch verteilen. Und das würde — wie Sie als Jugoslawe sicher verstehen werden — zu peinlichen Problemen im Lande führen. Sofort hiesse es, der und jener habe mehr oder weniger zugeteilt erhalten als ihm zustehe; es wäre leicht, die Regierung in Anklagezustand zu versetzen. Ohnehin würde der Bundesverwaltung eine «Einmischung» in die Geschäfte der Wirtschaft teuer zu stehen kommen, weil es für eine Kontrolle mehr Beamte braucht. Um eine teure Verwaltung braucht mehr Steuergelder. Wenn die Handelsgesellschaften in freiem Wettbewerb stehen, können auch die Preise tief gehalten werden.»

## Tonnen und Megatonnen

In unserem letzten Beitrag über die Sowjetrüstung (ZB, Nr. 9/1981, Seite 4, Spalte 2) ist es durch falsche Grössenbezeichnungen zu einer unverhältnismässigen «Verniedlichung» der sowjetischen Atomwaffen gekommen. Tatsächlich hat die sowjetische Mittelstreckenrakete SS-20 nicht etwa Sprengsätze von 0,4 Tonnen TNT, sondern von 0,4 **Megatonnen** TNT; und das bedeutet 0,4 **Millionen** Tonnen. In analoger Weise haben die SS-N-20-Raketen, die man von Unterseebooten aus abschießt, nicht eine Sprengkraft von 550 kg, sondern von 550 **Kilotonnen**, das heisst von 550 000 kg TNT.

Diese Angaben sind Schätzungen westlicher Militärexperten und haben ihre Gültigkeit als Grössenordnung. Diese wollen wir hier wiederherstellen, mit bestem Dank an unsere Leser, die uns auf die Bezeichnungsfehler mit ihren «multiplen» Folgen aufmerksam gemacht haben.

Von Interesse ist ein deduktiver Einwand gegen die (von uns richtig wiedergegebene) Schätzung, dass die sowjetischen Streitkräfte 4,6 Millionen Mann umfassen.

Die Ueberlegung geht davon aus, dass in der

UdSSR alle Männer und ein Teil der Frauen dienstpflichtig sind und dass die Militärdienstzeit je nach Waffengattung zwei bis drei Jahre beträgt, so dass mehr als zwei Jahrgänge jeweils unter Waffen stehen. Nun belief sich ein Geburtenjahrgang vor 20 Jahren (für die heutigen Soldaten relevant) auf gut 5,3 Millionen. Wenn man unterstellt, dass die Zahl der diensttuenden Frauen gleich gross ist wie die Zahl der nichtdiensttauglichen Männer, müsste der Bestand also bei 5,3 Millionen liegen (nämlich zwei «halbe» Jahrgänge). Das dritte Dienstjahr bei Marine, Luftwaffe usw., ebenso alle Berufsmilitärs und längerdienenden Personen müssten noch eine Erhöhung dieser Zahl bewirken.

Die Diskrepanz zwischen 4,6 und mehr als 5,3 Millionen lässt sich vielleicht mit dem Bestehen der sogenannten «inneren Streitkräfte» erklären. Darunter hat man nicht die Polizei zu verstehen (sie rekrutiert nur Leute, die ihren Militärdienst geleistet haben), sondern die sogenannten KGB-Truppen (und die dem KGB unterstehenden Grenztruppen). Das sind Streitkräfte, die dem Staatssicherheitsdienst zur Verfügung stehen, sozusagen die Picketmannschaft zur Behandlung allfälliger Unruhen. Der Dienst bei diesen Truppen wird als Wehrdienst angerechnet; ihr Bestand könnte laut westlichen Schätzungen bis zu einer Million Mann erreichen.